

Antrag Nr. 23-O-15-0009

SPD, CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen

Betreff:

Geschwindigkeitsmessanlage (CDU, FDP, SPD, Die Grünen)

Antragstext:

Antrag der Fraktionen CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen):

Antrag:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten,

1. das vom Tiefbau- und Vermessungsamt mit Schreiben vom 17.01.2023 bekanntgegebene Verfahren zur Anbringung von Geschwindigkeitsmesstafeln zurückzunehmen.
2. die Ortsbeiräte bei der Erarbeitung von Regelungen über die Anbringung von Geschwindigkeitsmesstafeln einzubeziehen.

Begründung:

Das Verfahren wird den Interessen des Ortsbeirates und der Bürgerschaft nicht gerecht. Beschafft wurde unser Geräte, weil seitens der Verwaltung in den vergangenen Jahrzehnten keine Kapazitäten bestanden, solche Geschwindigkeitsmessanlagen bei steigendem Bedarf zu platzieren und den Betrieb aufrecht zu erhalten vor dem Hintergrund einer steigenden Anzahl von Klagen/ Hinweisen aus der Bevölkerung über Geschwindigkeitsüberschreitungen sowohl in Durchgangsstraßen als auch Tempo 30 Zonen. Der Ortsbeirat setzt das Geschwindigkeitsmessgerät vorwiegend in den Straßen ein, in denen es aus der Bürgerschaft Beschwerden über zu hohe Fahrgeschwindigkeiten gibt. Das vorgesehene Verfahren mit seinen starren Fristen verhindert die spontane Reaktion auf solche Eingaben. Eine zeitnahe faktenbasierte Aufklärung über tatsächlich gemessene Geschwindigkeiten sowie über die Höhe des Verkehrsaufkommens ist somit nicht möglich. Dem Ortsbeirat wird damit ein bewährtes Element zur Befriedung lokaler Konflikte genommen. Bei einer Regelung für die Aufhängung von Geschwindigkeitsmessanlagen ist es erforderlich, dass sie handhabbar ist, unbedingt die Größe der Ortsbezirke berücksichtigt und keinen zusätzlichen bürokratischen Aufwand und zusätzliche finanzielle Kosten verursacht.

Wiesbaden, 02.05.2023